

Studenten in ihrem Sommer



Prof. Dr. Fabianke, Prodekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Studienjahrsbetreuer Dozent Dr. Wittmar und FDJ-Sekretär Dieter Willenberg besuchten am Freitag vergangener Woche die Konsumgüterhändler des 4. Studienjahres in ihren drei Einsatzorten und informierten sich über ihre praktische Arbeit, ihre politische Wirksamkeit im Dorf und in der LPG sowie die Auswertung der Ergebnisse des Studienjahres - hier in Schöna bei Sornewitz. An den FDJ-Versammlungen, die am Dienstag in den einzelnen Gruppen stattfanden, nahmen ebenfalls Wissenschaftler teil.

Notizen über ein gemeinsames Forum von Studenten und Genossenschaftsbauern in Großböhla

Genügt gute Arbeit auf dem Feld, oder erwarten die Bauern mehr?

Sucht nach Möglichkeiten der politischen Wirksamkeit im Dorf und in der LPG, sagte Prof. Fabianke den Studenten in Hohenwessau. Viele von euch sind auch in dieser Hinsicht im vergangenen handelspraktischen Semester vorbildlich aufgetreten. Sie waren hier nicht nur Objekt der Erziehung, sondern kamen dadurch aus einer gewissen Passivität, aus der Position des Fragestellers heraus, daß sie beispielsweise selbst 30 fragenden Lehrlingen gegenüberstanden und ihnen Rede und Antwort stehen mußten. - Sprachs und machte sich auf nach Großböhla, wo die Seminaregruppen D 3 und D 4 bereits einen Weg gefunden hatten, um mit den Einwohnern des Ortes und den Genossenschaftsbauern ins Gespräch zu kommen. Sie hatten ein Forum organisiert zu dem Thema „Die Entwicklung des Dialogs zwischen den beiden größten deutschen Parteien“.

Obwohl die Veranstaltung sehr kurzfristig anberaumt war, trotz

einer Hochzeit im Ort und trotz herbeigeschaffter Stühle fanden kaum alle Teilnehmer in dem Klassenzimmer der Großböhlaer Schule Platz. Im Präsidium saßen der Bürgermeister, ein Student der Gruppe, der sich auf eine kurze Diskussionsgrundlage vorbereitet hatte, der LPG-Vorsitzende und Prof. Fabianke. Eine Frage - aufgeworfen von einem der Teilnehmer aus dem Ort - stand bald im Mittelpunkt der Diskussion: Reichen unsere Mittel aus um der Verseuchung der westdeutschen Bevölkerung mit der Ideologie des Antikommunismus und Revanchismus Einhalt zu gebieten, was können wir tun, damit sie die Gefährlichkeit dieser Politik deutlicher erkennen? Ein Student antwortete darauf, daß gerade der Dialog bereits in seiner ersten Phase wesentlich dazu beigetragen hat und weiter dazu beiträgt, den ideologischen Klärungsprozess in Westdeutschland sowie die Formierung der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte gegen die Politik der CDU/CSU voranzubringen. Goldrichtig, aber es war der einzige Student aus der ganzen Einsatzgruppe, der zu dieser Frage und überhaupt in der Diskussion etwas zu sagen hatte.

Prof. Fabianke brachte die Diskussion auf den „Grauen Plan“ und die darin zum Ausdruck kommenden Auffassungen auch der SPD-Führer über ein künftiges einheitliches Deutschland, auf die Absichten der Monopolherren und Junker, sich volkseigene Betriebe und LPG anzueignen, sowie an unseren Hochschu-

len zu bestimmen. Darauf gab es von den Genossenschaftsbauern sofort eine unverblühte, eindeutige Antwort. Sie berichteten von den gewachsenen Leistungen ihrer LPG, ihrem wachsenden Wohlstand und dem demokratischen Leben in der Genossenschaft und zogen daraus das Fazit: Der Graf von Bülow kann herkommen, aber er soll eine Mistgabel in die Hand nehmen und ehrlich arbeiten.

Andere Diskussions Teilnehmer aus dem Ort hoben hervor, daß die ökonomische Festigung unserer Republik die Grundlage für unsere politische Offensive ist, daß jedoch gute Leistungen - in der Produktion und beim Studium (?) - allein nicht ausreichen, sondern das ständige politische Gespräch mit allen Menschen hinzukommen muß, damit sie ihren Blick schärfen für die politischen Vorgänge der Gegenwart, sich eine eigene Meinung bilden und Partei ergreifen. Zweifellos ein Problem, das an der Universität keine geringere Rolle spielt als auf dem Dorfe, aber die Studenten überließen es den Bauern, zu dieser Frage und anderen, zum Beispiel zum Auftreten von DDR-Bürgern gegenüber Westdeutschen und Ausländern, zu argumentieren.

Die Wifa-Studenten konnten den in der einen LPG für Vietnam gesammelten 1900 Mark wohl auch als einen bedeutenden Betrag zur Seite stellen, konnten berichten, daß ein Studienlehrer monatlich den Ertrag von zwei Arbeitsstunden und eine Mark vom Stipendium spendet, daß sie jetzt

und beim Ernteeinsatz im Herbst bestimmte Beträge oder die Ergebnisse von Sonderschichten für Vietnam spenden wollen - aber: Dem Parteisekretär aus Großböhla blieb es überlassen, auf den Zusammenhang zwischen der in Vietnam sichtbaren verstärkten Aggressivität des Imperialismus und der Verschärfung der Lage in Deutschland hinzuweisen und auf die Parallele der faschistischen Aggression vor 30 Jahren in Spanien.

Nach Schluß des Forums beklagte sich ein Genosse gegenüber dem Studenten, der in der Diskussion aufgetreten war, darüber, daß einige andere, die den ausdrücklichen Auftrag hatten, sich zu bestimmten Problemen näher auf die Diskussion vorzubereiten, nicht in Erscheinung getreten waren. Auf die Gegenfrage wußte er nichts zu antworten: Und warum bist du selbst nicht aufgetreten?

Prof. Fabianke gab den Studenten am Schluß gleichsam ein Thema für ihre FDJ-Versammlung, indem er ihnen sagte: Gute Arbeit auf dem Feld allein genügt nicht. Sie ist Voraussetzung dafür, daß die Bauern euch achten und anhören, aber sie reicht nicht aus, um politisch wirksam zu werden, das zielstrebige politische Gespräch muß hinzukommen.

Und in dieser Beziehung - glaube ich - hatten die Einwohner Großböhlas von den Studenten, die alle Möglichkeiten politischer Bildung haben, etwas mehr erwartet.

G. L.

Mit ihren FDJ-Lagern im Kreis Oschatz eröffneten am Dienstag vergangener Woche die Studenten des 4. Studienjahres der Fachrichtung Konsumgüterhandel den Leipziger Studentensommer 1966. In den Dörfern Hohenwessau, Großböhla und Sornewitz helfen sie zwei Wochen lang den Genossenschaftsbauern beim Bergen der Frühkartoffeln, bei der soeben begonnenen Getreideernte, der Heubereitung und anderen Arbeiten.

In der kommenden Woche, nach Abschluß der Prüfungen, beginnen dann neben dem ersten DRK-Lager in der Marschnerstraße die FDJ-Lager der höheren Studienjahre einer Reihe weiterer Fachrichtungen an wichtigen Abschnitten des sozialistischen Aufbaus. Für sie vor allem wollen wir einige erste Erfahrungen aus der Tätigkeit der Wifa-Studenten veröffentlichen.

Einwohner und LPG-Mitglieder aus Großböhla und Studenten der Seminaregruppen D 1, D 3 und D 4 sowie Wissenschaftler der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bekundeten am 8. Juli gemeinsam:

Wir protestieren auf das schärfste gegen die USA-Aggression und das Bombardement in Vietnam und begrüßen die Erklärung, die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Länder des Warschauer Vertrages in Bukarest abgegeben wurde und drücken hiermit unsere Solidarität mit dem heldenhaft kämpfenden vietnamesischen Volk aus.

Wir unterwerfen uns nicht Bonner Gesetzen Unser Staat ist die DDR

Slawistikstudenten, Gruppe III/3: Diskriminierung der DDR-Bürger

„Mit Empörung haben wir erfahren, daß Bürger unserer Republik, die von offiziellen westdeutschen Organisationen zu Veranstaltungen nach Westdeutschland eingeladen worden sind, widerrechtlich festgenommen und an der Weiterreise gehindert werden. Wir protestieren gegen diese Verletzung der Bonner Regierung, die Gesetze der Bundesregierung auch auf Bürger unseres Staates anzuwenden. Wir können uns auch nicht mit der geplanten Sonderregelung in Form eines „freien“ Geleits für Bürger unserer Republik einverstanden erklären, die im Rahmen von Seminaretauschen mit der DDR nach Westdeutschland fahren.“

22.28.66, Seite 3

Eine solche Regelung betont die Gesetzlichkeit der ungesetzlichen Maßnahmen gegen DDR-Bürger und bedeutet außerdem eine Diskriminierung für alle Bürger unserer Republik. Sie ist eine ungeeignete Grundlage für den geplanten Redneraustausch. Darum fordern wir, daß alle die kriminellen Bestimmungen beseitigt werden, um gleichberechtigte Gespräche zu ermöglichen.

Prof. Dr. Edith Braemer, Institut für Deutsche Literaturgeschichte:

Wir unterstehen nur den Gesetzen, die wir uns selber geben

Oft genug wurde bislang von den westdeutschen Revanchistenverbänden der Anspruch auf die Gebiete erhoben, die in den Grenzen von 1937 zum damaligen Deutschen Reich gehörten. Es bestand kein Zweifel darüber, daß solche Ansprüche von der Bonner Regierung gestützt wurden. In diesem Moment jedoch, wo solche Ansprüche ihre juristische Fixierung erhalten haben, wird der gefährliche Größenwahn zu einem staatsmonopolistischen Fakt, der alle Bemühungen zu Aussprachen über die wichtigsten nationalen Probleme zu scheitern zu bringen droht, wenn die westdeutsche Bevölkerung nicht energisch dagegen auftritt.

Als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik unterstehen wir einer einzigen Gesetzgebung: derjenigen, die wir uns selber gegeben haben. Wenn die Bonner Regierung glaubt, nach dem Beispiel Hitlers völkerrechtswidrige Ansprüche stellen und auch noch verwirklichen zu können, dann macht sie sich Illusio-

nen über die internationale wie über die nationale Konstellation. An den Grenzen der sozialistischen Staaten und damit auch an den Grenzen der DDR hören die Erpressungsversuche der Monopolisten und Imperialisten auf, wirksam zu sein. In der Diskussion mit Studenten wurde der Anspruch der Bundesrepublik, über unsere Bürger juristisch befinden zu wollen, empört zurückgewiesen, und so denken wir alle.

Slawistikstudenten, Gruppe I/6:

Perfekte juristische Aggression

Drei Jahrzehnte ist es her, daß der deutsche Faschismus begann, seine Fühler nach anderen Ländern auszustrecken. Zwei Jahrzehnte ist es her, daß zahlreiche Planer dieses Menschenmörders unseres Jahrhunderts durch die Völker gerichtet wurden. Doch schon wieder schickt sich in Westdeutschland der Ungeist der Vergangenheit an, mit seiner braunen Flut die friedliebenden Völker Europas zu überschwemmen. Die juristischen Grundlagen für diesen Waffengang, ausgearbeitet von den allen im Rauben und Morden erprobten Spezialisten, gleichen in ihrer Perfektion durchaus den Gesetzen des „Zwölfjährigen Reiches“.

B. Brecht schrieb 1933 in seinem Gedicht „Deutschland“:

O Deutschland, bleiche Mutter! Wie sitzt du besudelt Unter den Völkern, Unter den Befleckten fällt du auf.

In deinem Hause Wird laut gebrüllt, was Lüge ist.

Aber die Wahrheit Muß schweigen. Ist es so?

Doch es gibt noch ein anderes Deutschland. Schweigen wir also nicht und vereinen uns in dem Ruf: Weg mit den Notstands- und Strafrechtsgesetzen! Nieder mit dem Alleinvertretungsanspruch des Staates, der an die blutigen Traditionen der dunkelsten Epoche der deutschen Geschichte anknüpft!

Prof. Dr. Günter Fabianke, Prodekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät:

Normale Rechtsnormen herstellen!

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß der westdeutsche Imperialismus nicht im geringsten bereit ist, den Weg zu Frieden und Verständigung freizugeben, so ist es der jüngste Beschluß des Bonner Bundestages über den Geltungsbereich der bundesrepublikanischen Strafrechtsbestimmungen. Die von ihm beschlossene zeitweilige und bedingte sogenannte Aussetzung dieser Bestimmungen ändert nichts, sondern bestätigt nur aufs Krasseste den revanchistischen und expansionistischen Charakter des Bonner Unrechtsstaates.

Mit Entrüstung protestiere ich gegen diese unverschämte Anmaßung Bonns und fordere die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland auf, ihrerseits entschieden dafür einzutreten, daß in Westdeutschland normale und der Verständigung dienende Rechtsnormen hergestellt und gesichert werden.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Die FDJ-Grundorganisation am Institut für Philosophie richtete einen Brief an USA-Präsident Johnson, in dem es heißt:

Mit Bestürzung haben wir erfahren, daß die USA-Regierung bestrebt ist, ihren verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Demokratische Republik Vietnam auszuweiten, und Bomben auf die Hauptstadt Hanoi und die Hafenstadt Haiphong abwirft. Damit tritt der schmutzige Angriffskrieg der USA-Monopole und -Regierung in ein neues Stadium.

Auch bisher hat der USA-Imperialismus dem tapferen vietnamesischen Volk ungeheures Leid zugefügt, viele vietnamesische Familien mußten ihre ermordeten Angehörigen beweinen: Straßen, Betriebe, Schulen, Krankenhäuser und Kirchen wurden zerstört oder beschädigt. Dies alles wird aber bei weitem übertraffen durch die Bombardierung der Großstädte der DRV.

Wir möchten mit allem Nachdruck feststellen: Der Krieg der USA-Regierung in Vietnam ist ein Verbrechen gegen das Volk, sowohl gegen das Volk von Vietnam als auch gegen das amerikanische Volk, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Für die gleichen Taten hatte man im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess - unter Mitwirkung von USA-Juristen - das Todesurteil gefällt. Die amerikanische Regierung kann durch kein Mittel darüber hinwegtäuschen, daß der Kampf des vietnamesischen Volkes ein gerechter Kampf ist. Genau wie die Volksarmee der DRV am 7. Mai 1954 der französischen Kolonialarmee bei Dien Phu eine vernichtende Niederlage zufügte, ist auch die amerikanische Aggression in Vietnam zum Scheitern verurteilt.